



2020 – 2026

München soll München bleiben

Unsere Stadt soll für jetzige und auch kommende Generationen fit gemacht werden!

In der kommenden sechsjährigen Kommunalperiode sehen die FREIEN WÄHLER München die Notwendigkeit, nachstehende Schwerpunktthemen und -projekte innerhalb des Rahmens zur Verfügung stehender Haushaltsmittel (einschließlich bundes- und landesweiter Fördermittel) zu realisieren:

Stadtklima und Nachverdichtung

-Stadtklima schützen und maßlose Nachverdichtung stoppen-

Die FREIEN WÄHLER München wollen den Erhalt von Frischluftschneisen und Grünflächen in der Stadt. Auf der Basis bestehender oder weiterer zu beauftragender Klimamodelle (z.B. des DWD) sind schnellstmöglich Zonen innerhalb der Stadt festzulegen, deren Bebauung oder auch Versiegelung strikt untersagt ist. In Ergänzung sind auch die zwingend erforderlichen Luftschneisen im Einzugsbereich der Stadt zu identifizieren und mit den verantwortlichen Kommunen deren Freihaltung von Bau- und Bodenversiegelung vertraglich zu vereinbaren. Dies kann auch einen erforderlichen, kommunalen Finanzausgleich nach sich ziehen. Trotz der Klimaerwärmung ist die Funktionalität eines gemäßigten Stadtklimas mit minimalen Temperaturunterschieden zwischen dem Stadtrand und der Stadtmitte unbedingt zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, ist die Förderung der Schaffung zusätzlichen Grüns z.B. durch Fassaden- und Dachbegrünung im Zuge von Neu- und Umbaumaßnahmen ein wichtiger Baustein. Ebenso sind Baumfällungen weiter zu erschweren und eine bessere Überprüfung der Baumkataster, z.B. durch Einbeziehung der Baumschutzbeauftragten in den Bezirksausschüssen in die Kontrollen, sicher zu stellen. Unerlaubte Fällungen müssen im Bußgeldbereich deutlich verteuert werden. Bestehende Grünanlagen und Kleingartenanlagen müssen erhalten bleiben.

Wir müssen die maßlose Nachverdichtung zeitnah stoppen und den charmanten Charakter unserer Stadtviertel langfristig schützen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen

hierfür sind (siehe auch das von uns initiierte Bürgerbegehren "Gegen maßlose Nachverdichtung“):

- Erlass von Bebauungsplänen sowie Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen zum Schutz der bestehenden Baustruktur und Lebensart.
- Aufhebung von SEM (Nordost) und COSMO (Nord)
- Abstandsflächen bei Baugenehmigungen dürfen keinesfalls verringert und müssen im Bedarfsfalle sogar erweitert werden.
- Eine deutliche Einschränkung der Ausweisung von Gewerbeflächen in neu zu beplanenden und zu überplanenden Gebieten ist unabdingbar.
- Die verbleibende Genehmigung zusätzlicher Gewerbegebiete ist grundsätzlich auf Klein- und Mittelgewerbe sowie Handwerksbetriebe zu beschränken.

Nur so kann München auch langfristig München bleiben. Die weltweit geschätzte Landeshauptstadt Bayerns mit Herz!

Wohnen und Soziales **-Bezahlbarer Wohnraum hat Priorität-**

Es muss dringend benötigter Wohnraum im Einklang mit dem Gedanken der maßvollen Nachverdichtung geschaffen werden. Die Erweiterung bestehenden sozialen und genossenschaftlichen Wohnraums ist durch die Genehmigung zur Standardvereinfachung zu begünstigen. Die Genehmigung zur Wohnraumschaffung durch die Erhöhung bestehender Mietgebäude im Rahmen statischer Möglichkeiten oder deren Ersatzneubau (auch mit Verzicht auf die Errichtung eines Aufzugs bei einer Gebäudehöhe von mehr als 5 Stockwerken) ist einer weiteren Flächenversiegelung auf den wenigen innerhalb der Stadt noch vorhandenen Flächen zwingend vorzuziehen.

Die Stadt München soll ihr Vorkaufsrecht uneingeschränkt nutzen und den Anteil an Sozialwohnungen bei Neubauten oder neu erworbenen Wohnungen auf ein sozial verträgliches Maß erhöhen. Eine Analyse der noch vorhandenen, leerstehenden Gebäude soll aufzeigen, wo die Stadt maßvoll nachverdichten kann.

Gegen Plattformen und Anbieter, die Wohnraum mit unternehmerisch/touristischen Motiven blockieren bzw. missbrauchen, muss die Stadt konsequent vorgehen.

Die Deckung des Bedarfs an Wohnraum muss mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze Schritt halten können. Als wichtigste Maßnahme sind deshalb unverzüglich Regelungen im Stadtrat zu vereinbaren, die eine städtische Regulierung zusätzlicher Gewerbegebiete und Bürobauten auf der Basis der bestehenden Gesetzeslage deutlich vereinfacht. Anschließend sind solche Genehmigungen in den nächsten Jahren, mit Ausnahmen für Klein- und Mittelgewerbe sowie Handwerksbetriebe, restriktiv und gemeinwohlorientiert zu erteilen. Genehmigungen werden daran gekoppelt, für die Schaffung von je zwei neuen Arbeitsplätzen auch den Bau einer neuen Wohneinheit im sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau durch den Eigentümer des jeweiligen Gewerbes sicherzustellen.

Die Möglichkeit zu bedarfsgerechtem Wohnungstausch im sozialen Wohnungsbau der Stadt oder stadteigener Genossenschaften ohne Mehrkosten für den sich in der Wohnungsgröße verkleinernden Tauschpartner muss zur Regel werden.

Das zeitliche Angebot für die Kinderbetreuung muss an die Bedingungen der modernen Arbeitswelt flexibel angepasst, der Anteil an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten erhöht werden. Dafür brauchen wir mehr pädagogisches Personal für mehr verfügbare Betreuungsplätze durch attraktive Arbeitsbedingungen wie Lohn und Wohnraum, keine ressourcenverschlingenden Werbekampagnen. Wer in München eine Stelle als Erzieher*in, Pädagoge*in, Pflegefachkraft oder Ähnliches annimmt, soll von der Stadt auch eine bezahlbare Wohnung zugewiesen bekommen.

Auch für Studierende und Auszubildende soll ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Damit kein Verdrängungswettbewerb entsteht, soll hierbei im Bereich der Wohnheime vor allem mit den Gemeinden entlang der S-Bahn-Gleise kooperiert werden. Die Vergabe der Wohnheimplätze soll auf einem städtischen Portal gebündelt und koordiniert und somit transparenter werden.

Zum Wohle der Stadtgesellschaft ist das Isargrillen auf ein verträgliches Maß für die Anwohner einzuschränken und die Müllentsorgung naturfreundlich zu verbessern.

Das Angebot an Sport- und Freizeitplätzen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, soll erhöht und ertüchtigt werden. Dazu gehört auch das Angebot an frei zugänglichen Sporthallen.

Dezentralisierung und Stärkung der Stadtteilgemeinschaft **-Kurze Wege, gemeinsam statt einsam-**

Die FREIEN WÄHLER München setzen sich für eine Dezentralisierung der städtischen Verwaltungsservicebereiche in Verbindung mit der Schaffung von Stadtteilzentren ein. Die Entwicklung einer generationenübergreifenden Zusammenarbeit und Unterstützung in der Nutzung von existentem Wohnraum sowie Pflege-, Freizeit- und Seniorenbetreuung wird angestrebt.

Ziel der Dezentralisierung ist die Stärkung der Verwaltungsservicebereiche in Verbindung mit einer einheitlichen Service- und Verwaltungsstruktur und der Schaffung von gleichmäßig über die Stadt verteilten Bürgerzentren (vergleichbar den bereits existenten 13 Sozialbürgerhäusern). In Kombination mit Gesundheitszentren (Ärzte und Apotheken), Pflegestützpunkten, zentralen Pack- und Verteilstationen, Einzelhandel zur Grundversorgung und Knotenpunkten des Öffentlichen-Personen-Nah-Verkehrs (ÖPNV) sowie der Förderung von Bürgergenossenschaften sollen dadurch erreicht werden:

- Kurze Wege (vor allem auch für Senioren)
 - Stadtteilzentren ermöglichen eine Bedarfsdeckung in den Grundbedürfnissen im fußläufigen oder zumindest Kurzstreckenbereich. In Konsequenz entsteht eine deutliche
- Entlastung des Münchner Stadtverkehrs in den Bereichen Motorisierter-Individualverkehr (MIV) und ÖPNV-Nutzung.
 - Die nahe Grundversorgung macht die Teilnahme am MIV in vielen Fällen überflüssig. Viele notwendige Wege können zu Fuß, mit dem Fahrrad oder auch durch ÖPNV-Nutzung im Kurzstreckenbereich erledigt werden. Die Dezentralisierung der Verwaltungsservicebereiche begünstigt zudem
- den persönlichen Kontakt der Bürgerschaft im Stadtteil untereinander und mit der Stadtverwaltung.
 - Dies schafft Vertrauen in die Verwaltung und reduziert das Aggressionspotential gestresster Bürger*innen durch die Verringerung von Wege- und Wartezeiten.
- Bürgergenossenschaften verbessern und fördern die bürgerschaftliche Eigeninitiative und die individuelle gegenseitige Unterstützung im Stadtteil
 - Dies stärkt die Stadtteilgemeinschaft und entlastet die Stadtverwaltung. Die Fragestellungen „Was kann ich für andere tun“ und „was kann die Stadt für mich tun“ erreicht wieder ein ausgewogeneres Verhältnis.
- Mehrgenerationenprojekte

- Die bewusste Durchmischung von sozialem Wohnraum mit jungen Familien, Singles und Senioren begünstigt ein generationenübergreifendes Nachbarschaftsgefüge. Dies schafft die notwendige Basis für eine wieder selbstverständliche
- Nachbarschaftshilfe
 - Direkte Nachbarschaftshilfe funktioniert von „Jung“ zu „Alt“ und von Singles zu Familien ebenso wie umgekehrt. Verschiedene Lebensmodelle ergänzen sich, schaffen Vernetzung und entlasten staatliche, soziale Unterstützungsbereiche. „Leihoma-/opa“-Modelle, Einkaufshilfen, Seniorenhausaufgabenbetreuung etc. müssen ergänzt werden, durch
- bedarfsgerechten Wohnungstausch innerhalb von öffentlichen und Sozialwohnungsbereichen.
 - Bedarfsgerechter Wohnungstausch bedeutet, dass der steigende Wohnraumbedarf junger, wachsender Familien mit dem sinkenden Wohnraumbedarf lebensälterer Menschen (Kinder ziehen aus, aus Ehepaaren werden Single, etc.) ausgeglichen wird. Dies soll innerhalb des Sozialwohnungsbereichs durch Wohnungstausch ermöglicht werden, ohne dass dabei ein finanzieller Nachteil in Relation zur Ausgangsposition für eine(n) der beiden Beteiligten entsteht.

Beispielhaft soll ein erstes Musterstadtteilzentrum im Bezirk 17 Obergiesing-Fasangarten in örtlichem Zusammenspiel zwischen den Bereichen Tegernseer Landstraße Süd, Tegernseer Platz und Tegernseer Landstraße Nord sowie Giesinger Bahnhofsplatz entstehen bzw. entwickelt werden. Weitere geeignete Stadtteilbereiche sollten, orientiert an den Einwohnerzahlen, auf engem Raum gemeinsam mit Bürgern*innen und deren örtlich gewählten Vertretungen in den Bezirksausschüssen entwickelt werden. Dabei ist in einem ersten Schritt für die nächste Kommunalperiode von 2020 – 2026 die Entwicklung von insgesamt vier Bürger- und Stadtteilzentren zu gewährleisten (Nord, Ost, Süd, West).

Verkehr **-dauerhafter Mobilitätswandel-**

Der für die notwendige individuelle Mobilität zur Verfügung stehende öffentliche Raum ist endlich und limitiert. Die Anpassung der infrastrukturellen Raumgestaltung muss deshalb, auch zur Kostensenkung, ein Höchstmaß an langfristiger Flexibilität bieten. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, MIV und ÖPNV) sollte dabei stets in einem ausgewogenen Verhältnis des jeweiligen Nutzungsanteils im Rahmen der Modifizierung möglich sein und auch erfolgen. Durchgangsverkehr und Individualverkehr sind zu reduzieren.

In den nächsten sechs Jahren sollen nachstehende Maßnahmen geplant und umgesetzt werden:

1) ÖPNV

Sofort umzusetzen:

Unverzügliche Aktivierung und Ergänzung der derzeit nicht genutzten Trassen für einen **S-Bahn – Südring zwischen Laim und Ostbahnhof** mit den bestehenden Stationen „Laim“, „Heimeranplatz“, „Ostbahnhof“ und den zusätzlichen Stationen „Poccistraße“, „Südbahnhof“ und Nockherberg/Ostfriedhof und **S-Bahn-Nördring zwischen Moosach und Freimann** mit der bestehenden Station „Moosach“ und den zusätzlichen Stationen „Nordkreuz“, „Eggarten“, „Lerchenauer Straße“, „Milbertshofen“, „Europark“, „MOC“, „Freimann“ als flexible Ergänzung der S-Bahn-Stammstrecken I. und II.

Sofortiger, paralleler Beginn einer Planung, die vorgenannten S-Bahn-Ringtrassen so zu ertüchtigen und zu ergänzen, dass mittelfristig eine **geschlossene S-Bahn-Ringstrecke (vergleichbar dem Berliner S-Bahn-Ring)** entsteht. Hierfür werden die zusätzlichen Verbindungsstation „Amalienburgstraße“ im Westen sowie die zusätzlichen Stationen „Bayerisches Fernsehen“, „Ostkreuz“, „Johanneskirchen“ und die bestehenden Stationen „Englschalking“, „Daglfing“, „Berg am Laim“ und „Leuchtenbergunterführung“ im Osten eingebunden.

Planung eines zusätzlichen S-Bahnhofs „Messe München“ mit zweispuriger Gleisverbindung zwischen Kirchtrudering und Riem. Nach Fertigstellung Führung der S-2 von „Feldkirchen“ über „Messe“ und „Trudering“ Richtung Ostbahnhof und Führung S-4/S-6 von „Gronsdorf“ über „Messe“ und „Riem“ Richtung Ostbahnhof. Dies ermöglicht ein Erreichen der Messe mit der S-Bahn im 5-Minutentakt zusätzlich zur bestehenden U-Bahn.

Abschaffung aller S-Bahn-Schranken im Stadtbereich.

Beschaffung zusätzlicher Fahrzeuge (im Tram-, Bus-, U-Bahn- und S-Bahnbereich) sowie die Einstellung/Ausbildung des hierfür erforderlichen Fahr- und Betriebspersonals. Dabei Beschaffung von Bussen mit Schwerpunkt auf E-Antrieb mit zusätzlicher Schaffung entsprechender Schnellladeinfrastruktur.

Ergänzende Linien im innerstädtischen Bus- und Trambahnverkehr.

Planung, Bau und Inbetriebnahme einer unterirdischen Standseilbahn vom Wettersteinplatz über den Tierpark Thalkirchen zu den Siemenswerken.

Planung, Bau und Inbetriebnahme einer oberirdischen Seilbahn (3S) von Garching über Hochbrück zur Dülferstraße.

Begleitend:

Prüfung/Planung einer Verlängerung der bestehenden Gleistrasse vom „Nordring“ zum alten S-Bahnhof am „Olympiagelände“ über die Landshuter Alle bis zum S-Bahnhof „Donnersberger Brücke“ mit parallelem unterirdischen Bau zum Mittleren Ring an der Landshuter Allee.

Sofortiger Planungsbeginn zur Ergänzung und Erweiterung des S-Bahn-Netzes mit dem Ziel eines zuverlässigen und durchgängigen 10-Minuten-Taktes, wobei die Realisierung größtenteils in den mittel- (6 – 12 Jahre) bis langfristigen (12 – 18 Jahre) Bereich fallen dürfte:

Verlängerung der S7 nach Geretsried (Fertigstellung!) und zweispuriger Ausbau zwischen Höllriegelskreuth und Geretsried sowie zwischen Giesing und Kreuzstraße.

Ausbau der S4-Trasse (vierspurig!) zwischen Pasing und Geltendorf / optional Kaufering (Trennung des S-Bahnverkehrs vom normalen Bahnbetrieb).

Zweispuriger Ausbau der S2 zwischen Markt Schwaben und Erding und zwischen Dachau und Altomünster. Vierspuriger Ausbau der Gleise zwischen Berg am Laim und Markt Schwaben (Trennung des S-Bahnverkehrs vom restlichen Bahnverkehr).

Zweispuriger Ausbau der S-6 zwischen Grafing Bahnhof und Ebersberg.

Zweispuriger Ausbau der S8 zwischen Weßling und Herrsching. Vierspuriger Ausbau der Gleise zwischen Zamdorf und Johanneskirchen (Trennung des S-Bahnverkehrs vom restlichen Bahnverkehr).

Vierspuriger Ausbau der Gleise auf der S1-Linie zwischen Laim und Neufahrn (Trennung des S-Bahnverkehrs vom restlichen Bahnverkehr).

Forcierung der „Sendlinger Spange“ mit Anbindung an den S-Bahnhof Laim (ermöglicht einen 10-Min-Takt nach Gauting als Verlängerung der heutigen S20, welche dann in S16 umbenannt werden müsste).

Prüfung der Variante zum Bau eines zweigleisigen, durchgängigen Tunnels für den Güterverkehr auf den Strecken Zamdorf – Johanneskirchen, Laim – Feldmoching, ggf.

auch Poccistraße – Ostbahnhof. S-Bahnen sind nicht besonders laut und der Bau von Tiefbahnhöfen (also einer S-Bahn im Tunnel) dafür besonders teuer!

Planung der neuen U-Bahnlinie 9.

Planung weiterer Seilbahntrassen:

Münchner Freiheit – Tucherpark – Arabellapark (unterirdische Standseilbahn), als Alternative einer Bus- oder Tramverbindung durch den Englischen Garten (Querung an bisheriger Stelle nur noch mit Fahrrad oder für Rettungsfahrzeuge, Einbindung der Station Münchner Freiheit bei den Planungen zur U9 berücksichtigen),

Engschalking – Riem – Messestadt West (oberirdische 3S-Bahn)

2) Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Sofort umzusetzen:

Einbau intelligenter Leitsysteme und Ampelsteuerungen mit Einbeziehung von Fußgängerampeln (auch mit Anforderungsoption), zunächst am kompletten Mittleren Ring, besonders zur Steuerung in den Zufahrtsbereichen und auf den Hauptverkehrsstraßen des MIV.

Flächendeckende Einführung von verkehrsabhängiger Geschwindigkeitsregelung im Straßenverkehr.

Ausbau der P&R-Optionen (wichtig: günstig oder kostenlos in Verbindung mit einem MVV-Ticket) am Stadtrand in Nähe von U- oder S-Bahnstationen sowie einmündender Autobahnen und entlang der S-/Bahn Zufahrtsstrecken (dafür unverzügliche Abstimmungsgespräche mit S-Bahn nutzenden Landkreisgemeinden).

Begleitend:

Sofortige Planungen zum kreuzungsfreien Ausbau des restlichen Mittleren Rings im Südosten der Stadt durch ergänzende Tunnel oder Tieferlegung in offener Trogbauweise mit Querungsmöglichkeiten.

Ergänzung des Carsharing-Angebots auf E-Basis zur Verbesserung der innerstädtischen Luftqualität trotz flexibler Mobilitätsoptionen.

3) Barrierefreie Verkehrsflächennutzung innerhalb der Stadt

Sofort umzusetzen:

Verbesserung des Fußgängerschutzes durch konsequente Trennung von Fahrrad- und Fußgängerbereichen sowie mehr Kontrollen und Ahndung des Missbrauchs von Fußgängerbereichen.

Verbesserungen des Fahrradflusses durch Lückenschluss im bestehenden Fahrradwegenetz, Optimierung der Fahrradwegbreiten u.a. zu Lasten ungenutzter, überbreiter Gehwege und separater Ampelsteuerungen auch für fließenden Fahrradverkehr.

Begleitend:

Planung des Rückbaus von Individualparkflächen im Zug- um Zugverfahren in Relation zur Verbesserung des ÖPNV in Angebot, Zuverlässigkeit, Taktung und Nutzungskosten.

Planung zur Schaffung von Lade- und Haltezonen für den innerstädtischen Warenlieferverkehr ohne Behinderung des ÖPNV, MIV, Fahrradverkehrs und Fußgängerbereichen.

Lückenloses WLAN im ganzen ÖPNV.

Entwicklung eines 365,- € - Jahrestickets innerhalb des gesamten MVV-Bereiches.

Arbeitnehmer, bei denen dies möglich ist, sollen, auch im Hinblick auf eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens, die Möglichkeit erhalten, im Home Office zu arbeiten. Besonders die Stadt, als wichtiger Arbeitgeber muss hier auch beispielhaft vorangehen.